



Ihre Gesprächspartner:

Franz Molterer, MAS

Manfred Riepl, MAS

Stv. Direktor der AK Oberösterreich

AK-Bezirksstellenleiter Rohrbach

Leistungsbilanz 2009 der AK Rohrbach: Viel Ärger mit dem Gastgewerbe

Pressekonferenz

am Montag, 8. Februar 2010, um 10 Uhr,

in der AK-Bezirksstelle Rohrbach

Mit aller Kraft gegen die Krise

Die gesamte Arbeit der Arbeiterkammer Oberösterreich im Jahr 2009 stand im Zeichen des Kampfes gegen die Krise und ihre Folgen, wie steigende Arbeitslosigkeit und Firmeninsolvenzen.

Oberösterreich ist von der wirtschaftlich schlechten Lage besonders stark betroffen. Die Arbeitslosigkeit ist gegenüber dem Vorjahr mit plus 42,6 Prozent nahezu doppelt so stark gestiegen wie im Bundesdurchschnitt (plus 22,6 Prozent). Inklusive Schulungsteilnehmern/-innen und Lehrstellensuchenden waren Ende des Jahres 52.617 Personen arbeitsuchend gemeldet. Die Zahl der von Kurzarbeit betroffenen Beschäftigten hat sich in Oberösterreich zuletzt bei rund 10.000 eingependelt.

Die Konjunkturpakete der Bundesregierung, die von der Arbeiterkammer vehement gefordert worden waren, haben noch Schlimmeres verhindert, reichen aber nicht. Die AK begrüßt daher ausdrücklich, dass Bundeskanzler Faymann ein weiteres Konjunkturpaket angekündigt hat, und fordert dessen rasche Umsetzung.

Zusätzlich hat die AK im Vorjahr ein eigenes Konjunkturpaket des Landes von 100 Millionen Euro für die Gemeinden gefordert. Wie wichtig diese Forderung ist, zeigt sich aktuell: Die Ertragsanteile (und somit die finanziellen Mittel) der Gemeinden werden heuer um 10,5 Prozent unter dem Niveau von 2008 liegen – die Zahl der so genannten Abgangsgemeinden steigt dramatisch. Das Land hat angekündigt, neue Bauprojekte der Gemeinden nicht mehr zu genehmigen und um zwei bis drei Jahre zu verschieben. Das heißt, dass die Investitionstätigkeit der Gemeinden über Jahre stark zurück gehen wird, obwohl es zahlreiche dringend notwendige Investitionsprojekte gibt – beispielsweise beim Ausbau der Infrastruktur für Kinder-, Schüler- und Seniorenbetreuung oder bei der thermischen Sanierung der rund 60.000 Gebäude in Gemeindebesitz. Alle Prognosen zeigen, dass die Arbeitslosigkeit weiter steigen wird. Deshalb warnt die AK davor, die Investitionstätigkeit der Gemeinden so stark einzuschränken und damit die Konjunkturbelebung zu gefährden.

Ein besonderes Problem, das aus Sicht der AK sofortiges Handeln erfordert, ist der Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit. Gegenüber 2008 ist im abgelaufenen Jahr die Zahl der Jugendlichen auf Arbeitsuche um 3092 Personen oder knapp

38,8 Prozent gestiegen, wobei der Anstieg bei der Altersgruppe der 20 bis 24-Jährigen mit 2203 Personen oder 48,7 Prozent extrem hoch ist.

Die AK hat daher im Vorjahr die Gründung einer eigenen Jugendausbildungsgesellschaft vorgeschlagen. Sie würde flächendeckend für ganz Oberösterreich alle Aktivitäten zur Berufsausbildung koordinieren. Doppelgleisigkeiten und Leerläufe könnten damit vermieden und die öffentlichen Mittel viel effektiver eingesetzt werden als bisher. Das Land Oberösterreich und die Unternehmerseite haben auf diese Idee bisher ablehnend reagiert. AK-Präsident Kalliauer hofft auf ein Umdenken: „Die Arbeiterkammer ist bereit, für die Gründung der Jugendausbildungsgesellschaft 500.000 Euro zur Verfügung zu stellen. Wenn das Land und die Unternehmer mitziehen, könnten wir so ein neues Ausbildungssystem schaffen, das wirklich jedem Jugendlichen einen qualitätsvollen Ausbildungsplatz garantiert.“

Das Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO) prognostiziert, dass trotz aller Bemühungen die Arbeitslosigkeit im nächsten Jahr noch weiter steigen wird. Die Sicherung der Kaufkraft der Betroffenen hat daher höchste Priorität. Die AK Oberösterreich pocht auf eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes von derzeit 55 Prozent auf 75 Prozent des vorherigen Nettoeinkommens. Denn jeder zusätzliche Euro für Arbeitslosengeldbezieher/-innen fließt direkt in den Konsum und stützt so die Wirtschaft.

Steigender Beratungsbedarf bei knappen Mitteln

Angesichts der Wirtschaftskrise steigen auch die Anforderungen an das gesamte Beratungsteam der AK massiv – von den Experten/-innen im Arbeits- und Sozialrecht bis zu jenen im Insolvenzrechtsschutz. Parallel dazu sinken infolge der rückläufigen Beschäftigung die Einnahmen. Gespart wird überall, wo es möglich und sinnvoll ist, keinesfalls aber im Beratungsbereich. Im vergangenen Jahr waren 22,4 Millionen Euro für die arbeitsrechtliche Beratung und Vertretung der AK-Mitglieder reserviert. Heuer sind dafür 22,8 Millionen Euro vorgesehen, um rund 400.000 Euro mehr als im Vorjahr.

Insgesamt wurden im Vorjahr 377.773 Beratungen durchgeführt, eine Steigerung von 1,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Den Schwerpunkt bildeten 240.651 arbeits- und sozialrechtliche Beratungen (einschließlich der Lohnsteuerberatungen), gefolgt von 117.735 Konsumenten-, 17.502 Bildungs- und 1018 Beratun-

gen im Rahmen der Funktionärebildung sowie 867 AK-Consult-Beratungen bei betrieblichen Problemen. 97,815.463 Euro an offenen Löhnen und Gehältern wurden 2009 in arbeitsrechtlichen oder Insolvenzverfahren für Mitglieder der AK Oberösterreich erkämpft, das ist eine Steigerung von 39,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Für das Jahr 2010 rechnet die AK mit 366.000 Beratungen und erstrittenen Summen von 85 Millionen Euro.

Die dramatische Lage auf dem Arbeitsmarkt führt bei den Arbeitnehmer/-innen verständlicherweise zu Verunsicherung und zu Ängsten, die nicht nur in den Beratungsgesprächen zu spüren, sondern auch an den Daten des Österreichischen Arbeitsklima Index abzulesen sind. Vor allem Arbeiter/-innen sahen Ende 2009 die wirtschaftliche Zukunft des Landes deutlich negativer als noch im Frühjahr. Auch die persönlichen Jobaussichten bewerten sie deutlich pessimistischer. Nicht einmal mehr die Hälfte (49 Prozent) der Arbeiter/-innen ist damit zufrieden. Bei den Angestellten hingegen ist der entsprechende Wert mit 63 Prozent stabil geblieben.

Vertrauen in die AK weiter gestiegen

Dass unter diesen Voraussetzungen die Zufriedenheit der Mitglieder mit der AK von einem bereits hohen Niveau noch weiter gesteigert werden konnte, ist ein Beleg für die hohe Kompetenz und Professionalität der AK-Mitarbeiter/-innen. Eine repräsentative Umfrage im November 2009 ergab sensationell hohe Zufriedenheitswerte unter den AK-Mitgliedern. 89 Prozent der Befragten halten die Arbeiterkammer für eine wichtige, mehr als zwei Drittel davon für eine „sehr wichtige Interessenvertretung“. 56 Prozent der Mitglieder hatten bereits Kontakt mit der AK, am häufigsten per Telefon (43 Prozent). 94 Prozent von ihnen waren mit dem Kontakt zufrieden, 54 Prozent sogar „sehr zufrieden“.

Auch insgesamt ist das Vertrauen in die Arbeiterkammer von einem ohnehin schon sehr hohen Wert weiter gestiegen: Auf einer Skala von 1 (kein Vertrauen) bis 5 (großes Vertrauen) erhält sie von ihren Mitgliedern den Mittelwert 3,66 (2008: 3,59) und liegt damit – gleichauf mit der Gebietskrankenkasse (Mittelwert 3,67) – unter allen großen Institutionen ganz vorne, deutlich vor der Oberösterreichischen Landesregierung (3,25) und der Wirtschaftskammer (3,22).

AK Rohrbach – eine starke Partnerin

Die AK Rohrbach ist eine starke Partnerin für ihre Mitglieder. Das bestätigt die Bilanz 2009. Schwerpunkt war auch für die AK Rohrbach der Kampf gegen die Krise und ihre Folgen. Tausende Arbeitnehmer/-innen aus dem Bezirk haben im Vorjahr Rat und Hilfe gesucht.

Die Krise im Bezirk Rohrbach

Im Bezirk Rohrbach hat die Arbeiterkammer 22.126 Mitglieder. Diese Arbeitnehmer/-innen sind überwiegend in kleinen und mittleren Handels- und Gewerbebetrieben beschäftigt.

Die Arbeitslosigkeit ist gegenüber dem Vorjahr mit plus 23,5 Prozent ähnlich stark gestiegen wie im Bundesdurchschnitt (plus 22,6 Prozent), aber deutlich geringer als im Landesdurchschnitt (plus 42,6 Prozent). Inklusive Schulungsteilnehmern/-innen und Lehrstellensuchenden waren Ende des Jahres 1535 Personen arbeitsuchend gemeldet. 259 waren jünger als 24 Jahre.

Insgesamt mussten 2009 im Bezirk Rohrbach zehn Unternehmen Insolvenz anmelden. Von diesen Insolvenzen waren 211 Arbeitnehmer/-innen betroffen. Das größte Aufsehen erregte die Insolvenz der Firma Kirchberger. Weitere Betriebe, in denen die Krise stark zu spüren war, sind die Firma Leripa und die Firma Vogt, wo Kurzarbeitsvereinbarungen getroffen wurden.

Durch die Krise muss auch die Arbeiterkammer Rohrbach einen enorm hohen Bedarf an Rechtsberatung und Rechtsvertretung bewältigen.

5137 Rechtsberatungen

5137 AK-Mitglieder wandten sich 2009 mit arbeits- und sozialrechtlichen Fragen an die Arbeiterkammer Rohrbach. Vor allem die telefonische Rechtsberatung hat sich wieder bestens bewährt. Dem Großteil der 3738 Anrufer/-innen wurde sofort geholfen.

Zu einem persönlichen Beratungsgespräch sind im Vorjahr 1325 Arbeitnehmer/-innen in die Bezirksstelle Rohrbach gekommen. Die meisten Fragen wurden zur Beendigung von Arbeitsverhältnissen und den damit verbundenen Ansprüchen gestellt. Auch Lohn und Gehalt, Arbeitszeit, Urlaub, Lehrverhältnisse und Altersteilzeit waren häufige Themen. 74 Beratungen erfolgten schriftlich.

2,857.613 Euro Vertretungserfolg

Bei vielen Arbeitsrechtsproblemen kam zur Beratung die Vertretung. Durch 65 außergerichtliche Interventionen wurden im Vorjahr 92.287 Euro an vorenthaltenem Entgelt eingebracht.

In 36 Fällen musste die AK Rohrbach wieder bis vor das Arbeits- und Sozialgericht gehen, damit die Betroffenen ihr Geld erhielten. 241.351 Euro wurden auf diesem Weg erkämpft. Dabei ging es hauptsächlich um offene Löhne und Gehälter, aber auch um Sonderzahlungen, Überstundenentgelte und Abfertigungsansprüche.

Hinzu kommen die Beträge, die bei Insolvenzvertretungen für Arbeitnehmer/-innen aus dem Bezirk durchgesetzt wurden: 2009 machte dies 2,523.976 Euro aus. Damit hat die AK Rohrbach im Vorjahr für ihre Mitglieder Zahlungen von insgesamt 2,857.613 Euro erreichen können. Das ist gegenüber 2008 – vor allem bedingt durch die Insolvenzvertretungen – eine Steigerung um beinahe das Dreieinhalbfache!

Aufgrund der Wirtschaftskrise gab es besonders viele Anfragen bezüglich Arbeitgeberkündigungen und Änderungskündigungen, aber auch zur Bildungskarenz und zu Arbeitszeitreduktionen. Weiters kamen viele Anfragen zu Aussetzungsverträgen und Wiedereinstellungsvereinbarungen.

Fristlose Entlassungen waren ein häufiges Thema. Aber auch mit der verspäteten Bezahlung von Löhnen und Gehältern hatten Arbeitnehmer/-innen im Vorjahr zu kämpfen. Ansprüche aus der Auflösung von Arbeitsverhältnissen werden oft erst nach Intervention durch die AK abgerechnet und beglichen.

Aber auch das außergerichtliche Einschreiten der AK genügt nicht immer: Manche Unternehmen bleiben trotzdem alles schuldig. Dann müssen die Ansprüche beim Arbeits- und Sozialgericht eingeklagt werden. Und selbst nach einem rechtskräftigen Urteil ist keineswegs sicher, dass bezahlt wird. In einigen Fällen kommen die Arbeitnehmer/-innen nur zu ihrem Geld, wenn die AK ein Exekutionsverfahren ankündigt oder einleitet.

Rund ein Viertel aller Arbeitnehmer/-innen, die von der AK beraten oder vertreten wurden, kamen wie schon in den letzten Jahren aus dem Gastgewerbe.

Beispiele aus der Vertretungspraxis

Elf Jahre lang war eine Arbeitnehmerin aus Putzleinsdorf bei einer Firma in Linz beschäftigt. Kurz nachdem ihre Elternteilzeit begonnen hatte, wurde sie vom Arbeitgeber gekündigt. Nach dem Mutterschutzgesetz ist aber eine Kündigung in der Elternteilzeit erst vier Wochen nach Vollendung des 4. Lebensjahres des Kindes möglich. Die AK intervenierte daher beim Unternehmen, wies auf den Irrtum hin und beanspruchte Kündigungsentschädigung und Abfertigung. Die Firma zeigte sich einsichtig und überwies der Frau das ihr zustehende Geld, in Summe etwas mehr als 11.000 Euro.

Eine Kellnerin wurde nach nur einem Monat plötzlich ohne Begründung fristlos entlassen. Aus Sicht der AK lag ganz klar eine unberechtigte Entlassung vor. Sie nahm daher mit dem Restaurant Kontakt auf, um die offenen Ansprüche der Frau – es ging um Lohn, Überstunden, Urlaubsgeld und Kündigungsentschädigung – geltend zu machen. Nach langem Hin und Her lenkte der Arbeitgeber ein und erklärte sich bereit, seine Schulden zu begleichen. Die Arbeitnehmerin bekam fast 2200 Euro nachgezahlt.

Zugesperrt und alle Mitarbeiterinnen gekündigt hat eine Fleischhauerei in Peilstein. Die Arbeitgeberin hatte sich dabei nicht an die Kündigungsfristen gehalten. Die Rechtsexperten der AK kontaktierten daher die Firma, wiesen auf den Fehler hin und machten sämtliche Ansprüche der Arbeitnehmerinnen geltend. Neben der Kündigungsentschädigung waren auch Lohn, Überstunden, Sonderzahlungen und Abfertigungen offen geblieben. Weil das Unternehmen nicht zahlte, ging der Fall vor Gericht. Dort wurde den Dreien recht gegeben. Sie erhielten ihr Geld – in Summe mehr als 32.000 Euro – nachgezahlt.

Regional- und Interessenpolitik

Die AK vertritt die Interessen der Arbeitnehmer/-innen in sozialpartnerschaftlichen Gremien wie dem Regionalforum, dem Forum Arbeitsmarkt und dem Fachausschuss für Arbeit und Soziales in der Euregio.

Inhaltlich beschäftigte sich die AK Rohrbach mit dem Thema „Altersgerechtes Arbeiten“. Dazu wurden ein Gemeindeforum und ein Workshop für die Pflege- und Gesundheitsberufe abgehalten. Den Abschluss bildete das Kabarett „Oida du bist Spitze“.

Erwachsenenbildung

Insgesamt 226 Kurse zur beruflichen Weiterbildung, Persönlichkeitsentwicklung und sinnvollen Freizeitgestaltung haben die Volkshochschule der AK (VHS) und das Berufsförderungsinstitut (bfi) im vergangenen Jahr im Bezirk Rohrbach durchgeführt. 2024 Personen nahmen daran insgesamt teil.

Zahlreiche Kurse zur beruflichen Qualifikation wurden in Zusammenarbeit mit dem AMS durchgeführt, um eine Abstimmung auf die Erfordernisse des regionalen Arbeitsmarktes zu gewährleisten.

Bildungsberatung

Antworten auf alle Fragen rund um das Thema Weiterbildung gibt es ebenfalls in der AK-Bezirksstelle Rohrbach. Unsere persönliche und individuelle Bildungsberatung steht den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern jeden zweiten Montag von 16 bis 18 Uhr nach vorheriger Terminvereinbarung zur Verfügung. Im vergangenen Jahr haben 77 Personen dieses Service genutzt.

Zu den Themen Karenz, Kinderbetreuungsgeld und beruflicher Wiedereinstieg führt die AK jedes Jahr mit dem Arbeitsmarktservice und der Gebietskrankenkasse eine Informationsveranstaltung für Eltern durch. 2009 nahmen 40 Mütter und Väter teil. An insgesamt zwölf Veranstaltungen des mobilen Di@log nahmen 461 Schüler/-innen teil.

Sport

An der Bezirksmeisterschaft im Kegeln des AK-/ÖGB-Betriebssports wirkten im Vorjahr 50 Mannschaften mit rund 200 Personen mit.

AK Rohrbach im Internet

Immer mehr Arbeitnehmer/-innen nutzen das weltweite elektronische Netz. Alle 13 Bezirksstellen der AK sind deshalb auch im Internet vertreten. Unter www.arbeiterkammer.com/rohrbach ist das gesamte Leistungsangebot der AK Rohrbach zu finden.

AK Rohrbach – Serviceangebot

Öffnungszeiten

Montag bis Donnerstag: 7.30 Uhr bis 16.00 Uhr

Freitag: 7.30 Uhr bis 13.30 Uhr

Beratung in arbeits- und sozialrechtlichen Angelegenheiten

Persönlich: während der Öffnungszeiten.

Um Terminvereinbarung

unter der Telefonnummer 050/6906-4912

wird gebeten. Damit werden

längere Wartezeiten vermieden.

Telefonisch: während der Öffnungszeiten

und am Dienstag bis 19.00 Uhr

unter der Telefonnummer 050/6906-1 –

aus ganz Oberösterreich zum Ortstarif.

Bildungsberatung

Persönlich: jeden zweiten Montag

zwischen 16 und 18 Uhr

nach vorheriger Terminvereinbarung

unter der Telefonnummer 050/6906-4912 –

aus ganz Oberösterreich zum Ortstarif.

Unsere Adresse

Ehrenreiterweg 17, 4150 Rohrbach

Tel: 050/6906-4912 (aus ganz Oberösterreich zum Ortstarif)

Fax: 050/6906-4999

E-Mail: rohrbach@akooe.at

Homepage: www.arbeiterkammer.com/rohrbach